

Datum 26.07.2010
AZ SG 11 - Ch

Kurzinformation über die Sitzung des Grundstücks- und Bauausschusses am 07.06.2010

Runder Tisch Münchner Norden - Arbeitskreis "Höhenfreimachung Bahnübergänge"- Statusbericht

Seit Jahren nimmt die Verwaltung an interkommunalen und überfachlichen Initiativen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in der Region München teil. Unter dem Motto „Gemeinsame Probleme gemeinsam lösen“ hat sich der Runde Tisch Münchner Norden gebildet.

Aufgrund der bereits bestehenden Überlastungen im Hauptstraßennetz, insbesondere im Umfeld der Autobahnanschlussstellen München – Neuherberg und München – Ludwigsfeld in Verbindung mit einer zu erwartenden erheblichen Steigerung des Verkehrsaufkommens besteht im Münchner Norden Handlungsbedarf. Auf der Basis des Verkehrsentwicklungsplanes, mit den Erfahrungen aus dem Interkommunalen Projekt „arrive“ und den Ergebnissen aus zwei Untersuchungen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, wurden „Runde Tische“ durchgeführt. Beteiligt waren dabei die betroffenen Kommunen einschließlich der Bezirksausschüsse, DB AG, MVV, MVG, Staatliches Bauamt Freising, Autobahndirektion Südbayern, und als erheblich Betroffener die Firma BMW. Im Rahmen dieser „Runden Tische“ haben sich folgende Handlungsschwerpunkte herauskristallisiert; Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Stadtgebiet, Höhenfreimachung der Bahnübergänge und Ortsumfahrungen/ Ausbau A 92. Zu jedem dieser Handlungsschwerpunkte wurde eine Arbeitsgruppe gebildet.

Im Ergebnis des Gesprächs zum Thema „Verkehr im Münchner Norden“ am 01.12.2009 in Unterschleißheim wurde vereinbart, mehrere Arbeitskreise zur Behandlung spezifischer Fachthemen zu errichten.

Im Zuge unseres Lenkungsauftrags für den AK „Höhenfreimachung Bahnübergänge“ fand die erste Sitzung am 30.03.2010 in Unterschleißheim statt, bei der eine Bestandsaufnahme der verschiedenen betroffenen Bahnübergänge und der angehörigen Planungssituation zusammengetragen wurde.

Die betroffenen Bahnübergänge sind:

- Stadt Unterschleißheim; zwischen S-Bahnhof Unterschleißheim und Lohhof (Bezirksstraße)
- Gemeinde Oberschleißheim; Dachauer Straße, B 471 und Schönleuthnerstraße
- Feldmoching; Lerchenstraße und Lerchenauer Straße ST 2342
- Fasanerie; Feldmochinger Straße

Am 17.06.2010 soll die zweite Sitzung des AK „Höhenfreimachung Bahnübergänge“ stattfinden.

In dieser Sitzung sollen folgende Punkte besprochen werden.

- Zusammengefasste Bestandsaufnahme durch den AK bestätigen bzw. ergänzen
- Herantreten an das Wirtschaftsministerium bezüglich der Finanzierung
- Abstimmung über eventuell zu erstellende Gutachten/ Untersuchungen
- Klärung des weiteren Vorgehens

Zur Kenntnis genommen

Betrieb für die S-Bahn S1 – München - Freising und Flughafen ab 2018 - Schreiben des StMin

Mit Schreiben vom 16.12.2009 hatte sich die Verwaltung an Herrn Staatsminister Martin Zeil gewandt und bedauert, dass das vom Wirtschaftsministerium durchgeführte Gutachten zur Flughafenanbindung nicht den von Unterschleißheim erwarteten Ausgang erbringen konnte. (Siehe Bericht des Bürgermeisters v. 22.03.2010).

Im Rahmen einer Nordallianzsitzung am 23.03.2010 wurde nach einem Gespräch des Ersten Bürgermeisters mit einem Vertreter des Ministeriums vereinbart, ein gemeinsames Schreiben der Bürgermeister an Herrn Staatsminister Zeil zu formulieren und verschiedene Anliegen zum künftigen Betrieb der S-Bahnen zu erörtern (Schreiben v. 23.03.2010). In diesem Schreiben wurde von den Bürgermeistern bemängelt, dass die Fahrgäste aus den Anliegerkommunen der S 1 und S 8 einen Verschlechterung zur derzeitigen Situation erfahren werden (Umsteigen, Verlust von Haltepunkte im innerstädtischen Netz). Die Bürgermeister mahnten ebenfalls an, dass das Gutachten keinen Zeithorizont für die Realisierung der Maßnahmen nennt und deshalb für die Kommunen nicht erkennbar sei, wie lange die geplanten Provisorien Bestand haben werden.

Mit Schreiben vom 07.05.2010 hat sich Herr Staatsminister Zeil an die Bürgermeister der Nordallianz gewandt und mitgeteilt, dass das Ministerium vorläufig an dem von dem Gutachten empfohlenen Maßnahmenkatalog festhalten möchte, und gibt die Gründe hierfür bekannt. Die von den Bürgermeistern ange-mahnten Veränderungen wurden seitens des Ministeriums weitestgehend bestätigt:

- Nach Aussagen des Ministeriums bleibt der Flughafen über die S 1, wenn auch nur alle 30 Minuten, direkt und gut erreichbar.
- Die Fahrgäste bekommen durch die Einführung des 15-Minuten-Takts für die S-Bahn einen besseren Anschluss an das Taktgefüge des Regionalverkehrs.
- Einen Zeithorizont kann das Ministerium nicht nennen, da dieser von den Finanzierungsverhandlungen mit dem Bund abhängig sei.

Das Staatsministerium teilt jedoch mit, dass es bereit sei, mit den Umlandkommunen weiter im Gespräch zu bleiben und sichert eine zeitnahe Information über den Planungsstatus zu.

Zur Kenntnis genommen

Für den vorstehenden Bericht des Bürgermeisters gilt das gesprochene Wort.

Neuaufstellung Flächennutzungsplan - Ziele zum Gewerbegebiet und zur sozialen Infrastruktur - Billigung des Vorentwurfes und Beschluss zur öffentlichen Auslegung

Der Grundstücks- und Bauausschuss nimmt vom Sachvortrag der Verwaltung und von der Präsentation des Büros Dragomir Kenntnis.

13 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n)

Der Ausweisung von Wohnbauflächen westlich der Bahnlinie gemäß dem Konzept des Büros Dragomir vom 30.11.2009 (Fläche Nr. 1 und Fläche Nr. 2) wird nicht zugestimmt.

13 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n)

Den Zielen zum Gewerbegebiet und zur sozialen Infrastruktur wird zugestimmt.

12 Ja-Stimme(n), 1 Gegenstimme(n)

Dem Stadtrat wird empfohlen, dem Vorentwurf des neuen Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan in der Fassung vom 07.06.2010 vorbehaltlich der zwischenzeitlich zu erfolgenden Nachführung hinsichtlich aktueller Beschlusslagen zur Bauleitplanung zuzustimmen und den Auslegungsbeschluss zu fassen.

Die Verwaltung wird gebeten, hinsichtlich des Bevölkerungswachstums und der daraus resultierenden Wohnbauflächenbedarfe ein zusätzliches erläuterndes Beiblatt zu erstellen. Im weiteren Plan und der Begründung ist Formulierung und Aktualität zu kontrollieren, dies betrifft im besonderen die Themen Therme Eching, Bahnübergangsbeseitigung, Biotopkartierungen und das Kapitel 10 mit den in der Sitzung erwähnten Änderungsempfehlungen.

12 Ja-Stimme(n), 1 Gegenstimme(n)

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planunterlagen zum neuen Flächennutzungsplan auszufertigen (u. a. Umweltbericht) und die Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB einzuleiten.

13 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n)

Die noch im Verfahren befindlichen Bauleitpläne sollen, nach Verfahrensstadium, in den Flächennutzungsplan zeitnah eingearbeitet werden (aktuelle Flächennutzungsplanänderungen und Bebauungsplanänderungen, u. a. 25. Änderung Flächennutzungsplan, Bebauungsplan Nr. 140 „Hotel/Fos am Bahnhof Lohhof“).

13 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n)

31. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 144 „Kindertagesstätte westlich der Stadionstraße“ – Aufstellungsbeschluss, Billigung des Entwurfs und Einleitung des Auslegungsverfahrens

1. Der Grundstücks- und Bauausschuss nimmt vom Sachvortrag der Verwaltung Kenntnis.
2. Dem Stadtrat wird empfohlen, den Aufstellungsbeschluss für die 31. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 144 „Kindertagesstätte westlich der Stadionstraße“ zu befassen.
3. Der Grundstücks- und Bauausschuss billigt den Entwurf der 31. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 144 „Kindertagesstätte westlich der Stadionstraße“ und gibt ihn für die öffentliche Auslegung frei.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, das Auslegungsverfahren einzuleiten.

12 Ja-Stimme(n), 1 Gegenstimme(n)

25. Änderung des Flächennutzungsplanes - Teil I „Dorfgebiet Am Weiher“ - Behandlung der Anregungen – Erneute Auslegung gem. § 4a BauGB

1. Der Grundstücks- und Bauausschuss nimmt vom „Geotechnischen Bericht: Hochwasserberechnung“ vom 14.05.2010, der „Vorüberlegung zur Bachrenaturierung“ v. 18.05.2010 und dem Sachvortrag der Verwaltung Kenntnis.
2. Der Anregung eines Bürgers wird nicht entsprochen.
3. Der Anregung eines Bürgers wird nicht entsprochen (Wegfall des Grünstreifens).
4. Der Anregung der Regierung von Oberbayern wird hinsichtlich der Neugestaltung des Biotops Nr. 7735-

119 mit Verweis auf die Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde entsprochen. Die Anregung hinsichtlich des Immissionsschutzes wird mit Verweis auf die bisherigen Abhandlungen zu diesem Thema nicht entsprochen.

5. Den redaktionellen Anregungen des Landratsamtes München, Baurecht/ Denkmalschutz wird entsprochen.

6. Der Anregung des Landratsamtes München, Naturschutz, wird mit Übernahme der Auflagen in die Begründung zum Flächennutzungsplan entsprochen.

7. Der Anregung des Landratsamtes München, Immissionsschutz, wird mit Verweis auf die Darstellungen des Flächennutzungsplanes nicht entsprochen. Zur Klärung wird die Verwaltung gebeten, Flächen, für die passive Schallschutzmaßnahmen festzusetzen sind, mit dem entsprechenden Planzeichen eindeutig zu umgrenzen.

8. Der Anregung des Wasserwirtschaftsamtes zur Bildung einer Retentionsfläche (Bach-Renaturierung) im Bereich der Fl.-St. Nr. 920 wird geprüft.

9. Der Anregung des Bund Naturschutz in Bayern e. V. wird hinsichtlich der Neugestaltung des Biotops Nr. 7735-119 mit Verweis auf die Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde nicht entsprochen.

10. Der Grundstücks- und Bauausschuss beschließt die erneute Auslegung des Entwurfes zur 25. Änderung, Teil I des Flächennutzungsplanes für den Bereich „ Dorfgebiet Am Weiher“ mit dazugehöriger Begründung in der Fassung vom 07.06.2010. Der Umweltbericht ist hinsichtlich des Hochwasserschutzes und der Bachrenaturierung zu ergänzen.

11 Ja-Stimme(n), 2 Gegenstimme(n)

25. Änderung des Flächennutzungsplanes

- Teil II – „Allgemeines Wohngebiet, Gemeinbedarfsfläche und Gewerbegebiet östlich des Furtweges“ - Beschluss über eine Genehmigungsaufgabe- Erneuter Feststellungsbeschluss

1. Der Grundstücks- und Bauausschuss nimmt vom „Geotechnischen Bericht: Hochwasserberechnung“ vom 14.05.2010 Kenntnis.

2. Der Grundstücks- und Bauausschuss nimmt vom Genehmigungsbescheid der Regierung von Oberbayern v. 14.05.2010 und dem Sachvortrag der Verwaltung Kenntnis.

3. Der Grundstücks- und Bauausschuss empfiehlt dem Stadtrat, einen erneuten Feststellungsbeschluss gemäß der Auflage zum Hochwasserschutz der Regierung von Oberbayern vom 14.05.2010 zu fassen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Unterlagen zur 25. Änderung Teil II „Allgemeines Wohngebiet, Gemeinbedarfsfläche und Gewerbegebiet östlich des Furtweges“ zu überarbeiten und hinsichtlich des Hochwasserschutzes zu ergänzen. Die Genehmigung der 25. Änderung des Flächennutzungsplans „Allgemeines Wohngebiet, Gemeinbedarfsfläche und Gewerbegebiet östlich des Furtweges“ ist ortsüblich bekannt zu machen.

12 Ja-Stimme(n), 1 Gegenstimme(n)

25. Änderung des Flächennutzungsplanes

- Teil IV „Gewerbegebiet und Kleingartenanlage Am Weiher“ – Aufhebung des Feststellungsbeschlusses und erneute beschränkte Auslegung gem. § 4a BauGB

1. Der Grundstücks- und Bauausschuss nimmt vom „Geotechnischen Bericht: Hochwasserberechnung“ v. 14.05.2010 und vom Sachvortrag der Verwaltung Kenntnis.

2. Der Anregung einer Bürgerin vom 05.02.2010 wird nicht entsprochen.

3. Der Feststellungsbeschluss vom 22.02.2010 wird aufgehoben.

4. Der Grundstücks- und Bauausschuss beschließt die erneute beschränkte Auslegung der 25. Änderung des Flächennutzungsplanes, Teil IV für den Bereich „Gewerbegebiet und Kleingartenanlage Am Weiher“ mit dazugehöriger Begründung in der Fassung vom 07.06.2010 und Umweltbericht in der Fassung vom 04.03.2010.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, die erneute beschränkte Auslegung durchzuführen.

9 Ja-Stimme(n), 4 Gegenstimme(n)

Bebauungsplan Nr. 29 c "Sondergebiet Einzelhandel und Gewerbegebiet an der Landshuter-/ Morsestraße"- Satzungsbeschluss

Dieser TOP wird aufgrund einer noch ausstehenden Beschlussfassung über mögliche Änderungen der Planung auf den Bauausschuss Juli 2010 zurückgestellt.

13 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n)

Bebauungsplan Nr. 24 c "Maxfeldhof" - Beschlussmäßige Behandlung der Stellungnahmen und Anregungen aus der öffentlichen Auslegung

Die Stellungnahme des Landratsamtes München wird gemäß Sachvortrag bei der Bebauungsplanüberarbeitung berücksichtigt.

Die Stellungnahmen des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, des Wasserwirtschaftsamtes München, der E.ON Bayern AG und der Stadtwerke München sind an den Eigentümer des Baugrundstückes FINr. 995 weiterzuleiten. Die genannten Hinweise aus den Stellungnahmen werden in den Bebauungsplan aufgenommen.

Der Bebauungsplan ist nach Überarbeitung und Kostenerstattung durch den Eigentümer der FINr. 995 erneut öffentlich auszulegen.

12 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n)
(Ohne Herrn StR Knatz)

Bebauungsplan Nr. 136 "Mehrgenerationenwohnen Feldstraße"- Billigung des Änderungsentwurfs

Antrag von Herrn StR Reichart:

Herr Reichart beantragt, die im Geltungsbereich befindlichen Grundstücke modellhaft zu parzellieren und in Abstimmung mit den Eigentümern auf dem Immobilienmarkt anzubieten.

1 Ja-Stimme(n), 12 Gegenstimme(n)
Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der geänderte Bebauungsplanentwurf Nr. 136 wird in der Fassung vom 27.05.2010 gebilligt.

Der Bebauungsplan ist in der Fassung vom 27.05.2010 erneut öffentlich auszulegen und als Grundlage für die Ausschreibung der städtischen Grundstücke zu verwenden.

13 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n)

Bebauungsplan Nr. 139 "Hollerner Feld Teil A"

- Fortschreibung städtebauliches Gesamtkonzept und Billigung des geänderten Entwurfs für die Bereiche Sondergebiet Einzelhandel und Gewerbegebiet

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 139 wird in der Fassung vom 07.06.2010 gebilligt. Das Verfahren der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB ist mit dem reduzierten Geltungsbereich durchzuführen. Der Flächennutzungsplan ist hinsichtlich der geringfügigen Verschiebung des Sondergebietes Einzelhandel nach Norden im Rahmen des Parallelverfahrens anzupassen.

13 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n)

Bebauungsplan Nr. 140 "Schule, Hotel und Gewerbegebiet am Bahnhof Lohhof"

- Billigung des Vorentwurfs und Anschlussbeauftragung von Fachplanungsleistungen

Auf der Grundlage des Vorentwurfs in der Fassung vom 14.05.2010, modifiziert um die Zusammenlegung der zwei Bauräume und der Erweiterung des Bauraumes im Norden auf die bereits freien Grundstücksflächen, ist der Bebauungsplan Nr. 140 auszuarbeiten und zur Billigung vorzulegen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, auf der Grundlage des Entwurfs Verkaufs- bzw. Tauschverhandlungen mit dem Landratsamt München und dem privaten Eigentümer der nördlichen Teilfläche zu führen.

13 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n)

Bebauungsplan Nr. 141 „Nördlich der Neufahrner Straße“

- Vorstellung d. Bebauungsplanvorentwurfes und Beschluss über das weitere Vorgehen

Auf der Grundlage der Erschließungsvariante B des Planungsbüros Sodomann vom 18.02.2010, ist der Bebauungsplan Nr. 141 zu erstellen und zum Billigungsbeschluss vorzulegen.

Der Flächennutzungsplan ist im Rahmen eines Parallelverfahrens bzw. der zeitnahen Gesamtfortschreibung anzupassen.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Grundstückseigentümern im künftigen Geltungsbereich die Verhandlungen betreffend einer privaten Umlegung durchzuführen. Über das Ergebnis ist in einer der nächsten Sitzungen zu berichten

6 Ja-Stimme(n), 6 Gegenstimme(n)

Damit ist der Beschlussvorschlag abgelehnt.
(Ohne Herrn StR Pettinger wegen Art. 49 GO)

Bauleitplanung der Gemeinde Oberschleißheim- Stellungnahme der Stadt Unterschleißheim zum "Sondergebiet Wissenschaft" im Ortsteil Badersfeld

Der Grundstücks- und Bauausschuss nimmt vom Sachvortrag der Verwaltung Kenntnis und beschließt die Stellungnahme der Stadt Unterschleißheim zu den Bauleitplänen „ Badersfeld: Sondergebiet Wissenschaft" der Gemeinde Oberschleißheim in der Fassung vom 07.06.2010.

13 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n)

Sanierung Hauptschule Johann-Schmid-Straße - Vergabe von Metallbau-/Verglasungsarbeiten, Fensterelementen

Die mindestbietende Firma Rolladen erhält den Zuschlag für die ausgeschriebenen Leistungen zur Erneuerung der Fensterelemente an der Turnhalle der Hauptschule in Höhe der rechnerischen Angebotssumme in Höhe von 72.042,60 € brutto.

13 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n)

Sanierung Rathausfoyer – Statusbericht und Beschluss über das weitere Vorgehen

Der Grundstücks- und Bauausschuss

1.) nimmt den Sachvortrag der Verwaltung inkl. der Anlagen zur Kenntnis.

13 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n)

2.) beauftragt die Verwaltung,

- a) eine aktuelle Luftmessung im Foyer zur Ermittlung der Schadstoffkonzentration einzuleiten,
- b) das Landratsamt als untere Bauaufsichtsbehörde i.S. Brandschutzertüchtigung hinzuzuziehen.

13 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n)

Auf Antrag von Herrn StR Reichart:

3.) Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag zur Sanierung unter weitgehender Erhaltung der Konstruktion und mit dem Ziel der energetischen Sanierung unter Hinzuziehung des Büros Prof. Kaup oder seines Rechtsnachfolgers auszuarbeiten.

10 Ja-Stimme(n), 3 Gegenstimme(n)

4.) Die Baureferenten sind entsprechend einzubinden.

13 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n)

5.) Eine bauliche Umsetzung im Jahr 2011 wird angestrebt. Die Verwaltung wird gebeten, die notwendigen Mittel im Haushaltsentwurf 2011 zu berücksichtigen.

13 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n)

COG-Parkplatz – Beschluss über Verbesserung der Grüngestaltung

Der Grundstücks- und Bauausschuss nimmt Kenntnis vom Sachvortrag und der Abhängigkeit zwischen Grünplanung und Straßenunterhalt.

Auf eine Verbesserung der Durchgrünung wird bis auf Weiteres verzichtet. Die nach Abzug der Planungskosten verbleibenden Haushaltsmittel können anderweitig verwendet werden.

13 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n)

Sanierung der Rathaus-Tiefgarage - Statusbericht und Beschluss über das weitere Vorgehen

Der Grundstücks- und Bauausschuss nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, soweit möglich noch vor der Sommerpause eine Beschlussvorlage „Sanierungskonzept mit Termin- und Kostenplan“ zur Vorbereitung einer zeitgleichen Innensanierung und Außenabdichtung der Tiefgarage mit Neugestaltung des Rathausplatzes im Laufe des Jahres 2011 vorzulegen.

13 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n)

Änderung der Ausbaubeitragsatzung

Die Ausbaubeitragsatzung wird hinsichtlich der Höhe der Anteile der Beitragschuldner an das Satzungsmuster des Bayerischen Gemeindetags angepasst.

12 Ja-Stimme(n), 1 Gegenstimme(n)

Straßenbenennung im Baugebiet "Feldstraße Teil II" / Bebauungsplan Nr. 136

Der verkehrsberuhigte Bereich in Ost/Westrichtung im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 136 soll unter der Bezeichnung Monikaweg gewidmet werden.

9 Ja-Stimme(n), 3 Gegenstimme(n)
(Ohne Herrn 1. Bgm. Zeitler)

Fortschreibung des Regionalplanes München- Kapitel B I Sicherung und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen, Kapitel B II Siedlungswesen und Kapitel B III 5 Festlegung der Erholungsgebiete - Stellungnahme der Stadt Unterschleißheim

Der Grundstücks- und Bauausschuss nimmt vom Sachvortrag der Verwaltung Kenntnis und beschließt die Stellungnahme der Stadt Unterschleißheim in der Fassung vom 07.06.2010 zur Fortschreibung des Regionalplanes München

- Kapitel B I Sicherung und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen – Neufassung
- Kapitel B II Siedlungswesen - Änderungen und Ergänzungen
- Kapitel B III 5 Festlegung und Entwicklung von Erholungsgebieten - Neufassung

11 Ja-Stimme(n), 2 Gegenstimme(n)

Höhenfreimachung des innerörtlichen Bahnübergangs- Statusbericht und Beschluss über das weitere Vorgehen

Antrag von Frau StRin Huber:

Frau Huber beantragt, die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes zu vertagen.

1 Ja-Stimme(n), 12 Gegenstimme(n)
Damit ist der Antrag abgelehnt.

1. Der Grundstücks- und Bauausschuss nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis,
2. empfiehlt dem Stadtrat, vorbehaltlich der Finanzierbarkeit die Höhenfreimachung des innerörtlichen Bahnübergangs die Planung Wirth /Molenaar nunmehr durch Abschluss der vorberatenen Planungsvereinbarung und stufenweisen Vergabe entsprechender Planungsleistungen im Wege des ebenfalls vorberatenen, extern begleiteten VOF-Verfahrens weiterzuverfolgen. Die Verwaltung wird hinsichtlich Mittelbedarf/ Finanzierungsplan um ergänzende Vorlage an den Stadtrat gebeten. Die ausgesetzten Anträge des Stadtrates sind wieder aufzugreifen.
3. In Ergänzung beauftragt der Grundstücks- und Bauausschuss die Verwaltung,
 - a) mit der DB AG die notwendigen Planungen und Kosten zur Aufwertung und zum barrierefreien Ausbau der Bahnhöfe (Bahnquerungen und Bahnsteige) abzustimmen und dem Stadtrat ein Konzept zur Umsetzung und Finanzierung vorzulegen,
 - b) mit der Einholung eines Rechtsgutachtens über Lärmschutzansprüche entlang der innerörtlichen Bahnstrecke im Bezug auf die heutige Situation und die im Rahmen der Flughafenanbindung bekannt gewordenen Verkehrsprognosen.
- 4) Die Beschlusspunkte 2 und 3 a) sind in der vorläufigen Haushaltsplanung 2011 -2014 zu berücksichtigen.

11 Ja-Stimme(n), 1 Gegenstimme(n)
(Ohne Frau StRin Huber)

Schließung der Hauptschulmensa - Antragsteller: Frau StRin Harms

Frau Harms erkundigt sich nach den Gründen für die Schließung der Hauptschulmensa.

Herr Erster Bürgermeister Zeitler berichtet, dass es hier aufgrund eines verdeckten Unterputzwasserschadens zu einem länger anhaltenden Wasseraustritt kam, in dessen Folge die Trockenbaukonstruktion stark durchfeuchtet wurde. Partiiell wurden hier bereits Schimmelprobleme aufgedeckt. Da auch die Küchenbereiche betroffen sind und eine umfassende Sanierung notwendig ist, wurden diese Bereiche gesperrt und die Nutzung untersagt.

Die Verwaltung geht vorbehaltlich der noch zu treffenden Abstimmungen mit den Herstellern respektive den ausführenden Firmen von einem Sanierungsziel bis Ende der Sommerferien 2010 aus.

Damit ist die Anfrage abschließend beantwortet.

Zur Kenntnis genommen

Überflutungen S-Bahn-Bereich Berglstraße - Antragstellerin: Frau StRin Bednarek

Frau Bednarek erkundigt sich im Zusammenhang mit den wiederholt aufgetretenen Überflutungen im S-Bahn-Bereich Berglstraße nach entsprechenden Kontaktadressen und Ansprechpartnern, um die massiv auftretenden Beschwerden auf Seiten der Bevölkerung weiter zu geben.

Die Verwaltung erklärt, dass hierzu zum einen die bekannte Rufnummer auf den Bahnsteigen verwendet werden kann. Des weiteren ist hier in Kürze ein Gespräch mit der DB-Station-Service anberaamt, bei dem wiederholt auf diese Problematik hingewiesen wird.

Damit ist diese Anfrage abschließend beantwortet.

Zur Kenntnis genommen